



Telegraphische Nachrichten.

London, 16. Oct. In vielen Städten Englands werden fortwährend Meetings abgehalten, bei welchen Sympathien für Garibaldi ihren Ausdruck finden. In Birkenhead haben bei einer solchen Gelegenheit ernsthafte Unruhen stattgefunden, indem es zwischen Garibaldianern und Irlandern zu einem Conflict kam.

Turin, 15. Oct. Die Blättertheile mit, daß der König die von den Militärgerichten ausgeprochene Todesstrafe gegen die zu Garibaldi übergetretenen Desertiere in lebenslängliches Gefängnis umgewandelt habe.

Der genuese "Movimento" veröffentlicht sehr beruhigende Details über den Gesundheitszustand Garibaldi's. (S. N.)

Preußen.

Berlin, 16. Oct. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allernächst geruht: Dem Director der kaiserlich französischen Manufaktur zu Soevers, Regnault, den rothen Adler-Orden zweiter Klasse, dem königlich schwedischen Premier-Lieutenant im Marine-Construction-Corps, John Victor Gjerling zu Carlskrona, den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, und dem pensionirten Chausseewärter Michael Köppen zu Rathstock im Kreise Lebus, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Berlin, 16. Oct. Se. Maj. der König haben allernächst geruht: den nachbenannten Personen die Erlaubnis zur Anlegung des von dem Königs der Niederlande Majestät ihnen verliehenen großherzoglich luxemburgischen Ordens der Eichenkrone zu erheben, und zwar: des Großoffizier-Kreuzes; dem Director im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Wirklichen Geheimen Ober-Rat und Freiherrn von der Reit; des Commandeur-Kreuzes; dem Wirklichen Legations-Rath und vortragenden Rath im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Jordan, und dem Geheimen Regierung-Rath und vortragenden Rath im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten Maybach, sowie des Ritter-Kreuzes; dem Bureau-Vorsteher im lebigenannten Ministerium, Geheimen Registratur March. (St.-Anz.)

Berlin, 16. Oct. [Vom Hofe.] Se. Majestät der König kamen heute Vormittag nicht vom Schlosse Babelsberg nach Berlin, sondern nahmen dort die laufenden Vorträge entgegen. Nachmittags 3 Uhr fand auf Schloss Babelsberg Tafel statt.

[Die nächste Sitzungsperiode des Landes-Dekonominie-Collegiums] wird, den „Ann. der Landw.“ zufolge, aller Wahrscheinlichkeit nach Ende des nächsten Monats oder Anfang Dezember stattfinden, und werden in derselben zur Verhandlung kommen:

A. Vorlagen des Herrn Ministers: 1) Betreffend die Erhöhung der Märschsteuer. Referent: Elsner v. Gronow, Correferent: Lüdersdorff. 2) Betreffend die Einführung der Fabriksteuer statt der Märschsteuer. Referent und Correferent wie bei 1. 3) Betreffend Engel's Entwurf einer Boden-Geld-Bank. Referent: v. Hagen, Correferent: Richter. 4) Betreffend Engel's Vorladung zur Förderung der landwirtschaftlichen Statistik. Referent: v. Biedahn. B. Propositionen. 1) Betreffend die Unzuverlässigkeit der offiziellen Marktpreis-Angaben. Proponent: Mengel, Referent: v. Nathusius-Königsborn, Correferent: v. Schleinitz. 2) Betreffend den Getreide-Verkauf nach dem Gewicht. Proponent: v. Salviati, Referent: Seyßmer, Correferent: Lehmann. 3) Betreffend die Erweiterung und Verstärkung der Provinzial-Hilfskassen. Proponent: v. Salviati, Referent: v. Rabe, Correferent: Graf v. Burghaus.

[Der Protest,] welchen der brandenburger Kirchentag, eben so wie die früheren, einstimmig gegen das Unwesen der öffentlichen Spielbanken erhoben hat, lautet:

Der zwölftägige evangelische Kirchentag wiederholte auf's Neue den Protest gegen die zum Schaden und zur Schande unsers Volkes noch immer in deutschen Landen bestehenden Hazardspiele und öffentlichen Spielbanken. Er muß sein Zeugniß dawider um so ernster erheben, je dringender es gerade jetzt Notthut, daß alle deutschen Regierungen thatsächlich die Grundlagen der Religion und der Sittlichkeit als den einzigen Boden anerkennen, auf dem Recht, Friede, Treue und Volkswohlfahrt sich erheben können. — Alle Zeitschriften des Vaterlandes werden ersucht, zur Veröffentlichung dieses Protests mitzuwirken. Brandenburg a. d. H., 25. Sept. 1862."

* **Berlin**, 16. Oktober. [Auf mehrere Ergebenheits-Adressen] welche dem Könige aus dem naugarder, soldiner, danziger, schweidnitzer u. s. w. Kreise überreicht wurden, ertheilte derselbe folgende Antwort: „Es freut Mich, eine Versammlung so vieler Gleichgesinnter aus den verschiedenen Theilen Meiner Monarchie vor Mir zu sehen, — namentlich in den jetzigen so schwierigen Zeiten. Es besteht eine ernste Krisis, so ernst, wie Ich sie nicht erwartet habe, noch erwarten konnte. Von dem Augenblick an, wo ich die Regierung übernommen und die Regierung angetreten, habe Ich Meine volle Zuveracht auf das Vertrauen Meines Volkes gesetzt. Aber Meine damaligen Worte sind vielfach mißdeutet worden, weil sie durch eine irre leitende Presse entstellt wurden. Ich war von der Notwendigkeit durchdrungen, Mein eigenes Werk, die Heeresreform, unternehmen zu müssen und zum Abschluß zu bringen. Gerade diesem Meinen Werk wurden Hindernisse in unerwartetem Umfange entgegen gestellt. Was hilft aller augenblickliche Reichthum, aller Segen der Industrie, was helfen alle Güter, die Gott uns geschenkt hat, wenn kein Schutz dafür vorhanden ist, wenn sie bedroht werden? Selten aber ist ein Unternehmen so angegriffen worden, wie jenes zum Schutz und Wohl Meines Landes von Mir unternommene Werk. Freilich habe Ich von Meinem Volke dabei Opfer fordern müssen, aber nach Meinem vollen Überzeugung keine Opfer, welche unerträglich wären, wie dies die Finanz-Darlegung beweiset. Wo sich wirklich Härten zu zeigen schienen, bin Ich bereit gewesen, sie zu mildern. Ich habe deshalb in die Aufhebung der Steuerzuschläge gewilligt. Ist mir dafür aber ein Dank zu Theil geworden? Im Gegenteil hat das Abgeordnetenhaus eine Adresse beschlossen, die nichts weniger als einen Dank enthielt. Das schmerzt tief! Aber, wie Sie richtig bemerkt haben: nicht die Umformung des Heeres ist der eigentliche Angriffs punkt, sondern das Ziel liegt ganz wo anders. Die vorher verfehlten Absichten haben die Maße wenigstens theilweise fallen lassen. Ich will Meinem Volke die Verfassung unverkümmt bewahren; aber es ist Mein unerlässlicher Beruf und Mein unerschütterlicher Wille, die von Meinen Vorfahren überkommene Krone und ihre verfassungsmäßigen Rechte unverkehrt zu erhalten. Dies ist notwendig im Interesse Meines Volkes! Dazu aber, so wie zum Schutze der vorwähnten Güter, gehört ein festgegliedertes stehendes Heer und nicht ein sogenanntes Volksheer, das, wie ein Preuße zu sagen sich nicht gescheut hat, hinter dem Parlamente stehen müsse. Ich bin fest entschlossen, von den Mir überkommenen Rechten nichts weiter zu vergeben. Sagen Sie das Ihren Committenten. Sie wissen nun und hören, wie Ich darüber denke. Sorge jeder dafür, daß diese Auffassung in weiten Kreisen Verbreitung und Unterstützung finde. Wenn dies der Fall ist, so wird es auch wieder besser werden. Denn der allmächtige Gott hat immer über Preußen gewacht. Er wird uns

auch ferner schirmen. Preußens Losung ist ja: Mit Gott, für König und Vaterland!"

Berlin, 16. Oct. [Gegen den Arnim'schen Antrag. — Die Maßregeln der Regierung. — Die Königin von Neapel.] Zur Geschichte der denkwürdigen letzten Tage wird in der „M. Z.“ noch erwähnt, daß in der Sitzung des Staats-Ministeriums vom 11. d. M. der Kronsyndikus und frühere Justizminister v. Berthold nachdrücklich gegen jede Behinderung des Abgeordnetenhauses in seinen Schriften gegen das andere Haus sich äußerte. Eine solche Behinderung wäre es gewesen, wenn das Präsidium des letztern dem des Abgeordnetenhauses den Beschluß über den Arnim'schen Antrag gar nicht oder so spät mitgetheilt hätte, daß die zweite Kammer keine Zeit fand, ihre Resolution abzufassen und zur Einmündigkeit darüber zu gelangen. Diesen und ähnlichen Mitteln, als Einberufung um 12 Uhr, kam Präsident Grabow durch die bekannten Schritte, namentlich durch die von ihm veranlaßte Sitzung aller liberalen Fraktionen am Sonnabend und durch die Abhaltung der Plenarsitzung um 9 Uhr Montags zuvor.

In der feudalen Correspondenz lesen wir: „Berliner Correspondenten der auswärtigen Blätter berichten von Absichten zu Octroyirungen und allerlei außerordentlichen Maßregeln! So viel wir in Regierungskreisen bekannt sind, weiß man dort von Octroyirungen nichts, wohl aber von dem festen Willen, die Autorität der Regierung durch entschiedene Wahrnehmung derjenigen Besugnisse, welche ihr auf Grund der bestehenden Gesetze in verschiedenen Richtungen zu stehen, und deren Gebrauch in schlaffer Praxis viel versäumt worden ist, jetzt mit aller Energie zu wahren!

Der Minister v. d. Hecht soll der feudalen Correspondenz zu folge Mitgliedern des Abgeordnetenhauses eine Art Promemoria über sein Verhalten während der letzten Monate vertraulich mitgetheilt haben. (Schwerlich!)

Der „Süd. Ztg.“ schreibt man aus München: Die Königin Marie will nicht nach Rom, nicht zu ihrem Gemahl zurück; man hört sogar von der Absicht einer Scheidung sprechen. Das wäre denn freilich für die neapolitanischen Bourbons ein moralischer Schlag, nicht viel weniger vernichtend, als Garibaldi's Heeraufstand im Jahre 1860.

[Confiscationen.] Die Abendausgabe der „Nationalzeitung“ ist wieder confisckt worden, eben so, wie die „Kreuzzeitung“ meldet,

die „Tribüne.“

Berlin, 16. Oct. [Presoprozesse gegen „Nat.-Ztg.“, „Volks-Ztg.,“ „Tribüne.“] Die 4te Deputation des Kriminalgerichts verhandelte gestern mehrere Presoprozesse gegen den Redakteur der „National-Zeitung“ Dr. Babel. Derselbe stand unter der Anklage der öffentlichen durch die Presse verübten Beleidigung eines Beamten in Bezug auf seinen Beruf, so wie der Schmähung von Anordnungen der Obrigkeit, wodurch dieselbe dem Hause und der Beratung ausgeföhrt wurde, vor den Schranken. In der Nr. 292 der „National-Zeitung“, Morgen-Ausgabe vom 27. Juli d. J., befindet sich ein Leitartikel unter der Überschrift: „Regierung, Heer und Volk.“ In diesem Artikel wird die turbulöse Angelegenheit besprochen, und bei dieser Gelegenheit u. A. gesagt, daß die Regierung in der turbulösen Sache die Ehre des Staats nicht zu wahren verstanden, — die „Sternzeitung“ sollte nicht verlangen, daß ein einziger Preuße davon erbaut sein solle — wenn der Kriegsminister das nicht fühlt, so thut er uns leid, daß er weniger fühle, wie jeder Preuße — die Staatsregierung habe das Staats-Interesse geschädigt — immer weniger werde Preußen gefürchtet, immer weniger geschätzt, immer mehr isolire es sich. Männer von Geist und Herz hätten die Landwehr eingeführt, Herr v. Roon habe sie auf, und mache zwei Armeecorps mobil, um der Welt Stoff zum Spott zu liefern etc. Die Anklage findet in diesen und noch mehreren anderen Stellen eine Beleidigung des Kriegsministers v. Roon, wie eine Erregung von Hab und Verachtung gegen die Anordnungen der Obrigkeit. — Der Angeklagte erklärte, Verfasser dieses Artikels zu sein, und hörte an, daß er sich wegen Unwohlsinns nur auf wenige Bemerkungen beschränkt wolle. Er wolle nur darauf aufmerksam machen, daß der Tages-Schriftsteller, der auf die Anklagebank gezwiesen würde, den Anspruch machen könne, daß der Gerichtshof sich in die Stimmung und in die Verhältnisse versetze, in welchen der intriminante Artikel geschrieben sei. Die Stimmung ganz Deutschlands sei in der turbulösen Sache entschieden gegen Preußen gewesen, und wir hätten nur den Spott des Auslandes für unsere Politik eingebracht. Es sei für einen Redakteur keine Kleinigkeit, alle diese Angriffe täglich zu lesen, und der Redakteur müsse darüber empört werden. Bei der Verurteilung des Ministeriums Dehn-Rothschild sei die allgemeine Empfindung die gewesen, daß Preußen Hohn und Spott geriet. Auch im Abgeordnetenbauje sei diese Anschuldigung von unzähligen Aussprüchen über den Redakteur erhöht worden. Der Gerichtshof werde die Berechtigung einer solchen Sprache zugeben und werde auch zugeben müssen, daß die Presse verpflichtet sei, der Regierung von Zeit zu Zeit einen Spiegel vorzuhalten, damit sie umkehr, und der Gerichtshof werde hierin die Presse schützen. Würden dafür aber Prozeß eingereitet, würde die Presse alle Sympathien mit den Schülern des Staats aufgeben müssen. Der Vertheidiger des Angeklagten, Rechts-Anwalt Lemal, behauptete, daß ein großer Theil der intriminanten Stellen lediglich referent gebraucht sei. Er könnte eine große Anzahl von Zeugnissen vorlegen, welche sich dahin ausgesprochen, daß die Regierung Spott und Hohn in der fraglichen Angelegenheit geerntet; er wolle jedoch davon absehen und nur eine Zeitung, die Hamburger Nachrichten, produzieren, um nachzuweisen, wie selbst Preußen wohlwollende Zeitungen sich ausgesprochen. Er wolle demnächst aus den stenographischen Berichten nachweisen, wie die Abgeordneten Zweiten, von Sybel und Dr. Frese bei Gelegenheit der Abrechnung, wo doch eine gewisse Mäßigkeit beobachtet worden sei, sich ausgesprochen hätten. Der Staatsanwalt v. Meurs protestierte gegen die Vorlesung dieser Schriftstücke, weil den Angeklagten nicht entschuldigen könne, was Andere über diese Angelegenheit sagten, und weil es sich hier nicht um eine Schmähung der Erfolge der Politik der Regierung handle. Eine ausländische Zeitung habe keine Autorität, und was die Neuüberungen einzelner Abgeordneten betreffe, so könnten auch diese nicht maßgebend sein, da diese von Personen ausgetragen seien, welche dazu berechtigt waren, sich öffentlich zu äußern. Diese würden durch das Gesetz geschützt, selbst wenn sie die Grenzen der Berechtigung überschritten, während der Angeklagte sich streng innerhalb der Grenzen halten müsse, die das Gesetz zöge. Nachdem der Vertheidiger nochmals darauf erwidert, daß die patriotische Abhöhung des Angeklagten berücksichtigt werden müsse, zog der Gerichtshof sich zur Beratung zurück und resolvierte, daß das Gericht die Verleugnung der angezeigten Schriftstücke, wenn auch nicht für ungeeignet, jedoch für unerheblich halte, da es notorisch sei, daß über die turbulöse Angelegenheit sowohl im Abgeordnetenbauje, wie in der Presse sehr ungünstige Urtheile gefällt seien.

In der Nr. 292 der „National-Zeitung“ vom 14. Sept. d. J. Morgen-Ausgabe ist ein Leitartikel enthalten unter der Überschrift: „Aus dem Abgeordnetenbauje“, in welchem die Tages zuvor von dem Kriegsminister gehaltene Rede beleuchtet wird. Die Staatsanwaltschaft hat einzelne Stellen dieses Leitartikels intriminirt und findet darin ungerechnet geringschätzende Ausführungen gegen den Kriegsminister v. Roon eine Beleidigung desselben in Bezug auf seinen Beruf in mehreren Stellen. Als solche Stellen werden allein diejenigen, nach welchen Herr v. Roon, so lange er dem Verfasser bekannt sei, sich von Vermuthungen, Verdächtigungen und Zweideutigkeiten, wie er solche der Presse vorgeworfen, ernährt habe, so wie die Ausführungen in denen der Minister der Großheit, Bartheit und Doppelzügigkeit beschuldigt sein soll, und die Staatsanwaltschaft hält die Beleidigung für um so schwerer, als der Artikel darauf berechnet sein soll, die Gesinnung des Ministers als eine unstillbare zu verdächtigen. Der Angeklagte erklärte auch diesen Artikel verfaßt zu haben, behauptete jedoch, daß er sich bei demselben im Stande der Abwehr befunden habe. Der Kriegsminister habe in seiner

Rede auf die Presse Beschuldigungen gebäuft, die noch von Niemandem ausgeschlossen seien, so daß, wenn er (Angeklagter) Kammermitglied gewesen wäre, er diesen Beschuldigungen sofort von der Tribüne entgegentreten wäre. Er glaube nicht, daß der Gerichtshof ihn ganz schutzlos lassen werde, denn sonst würde der Gerichtshof in der Lage sein zu urtheilen, ob der Aussatz der Meinungen zwischen der „Nationalzeitung“ und dem Minister sich etwa kompensiren ließe. — Die Plaidoyers erfreuten sich auf beide Anklagen. — Der Staatsanwalt bemerkte, es sei ihm noch nie so leicht gewesen, die Strafbarkeit eines Artikels nachzuweisen, wie im vorliegenden Falle; die Artikel überdrachten die Grenzen der Kritik so bedeutend, daß eine Verurtheilung erfolgen müsse. Der Staatsanwalt führte sodann die Behauptungen der Anklage näher aus und bemerkte mit Bezug auf den zweiten Artikel, daß der Angeklagte die Angriffe auf die Presse nicht als speziell gegen sich gerichtet anzusehen könne und deshalb nicht behaupten könne, der Artikel nur zur Abwehr geschrieben zu haben. Wäre das aber auch zuzugeben, so wären die Ausdrücke exorbitant, ja, man würde sagen können, „unzulässig“. Er beantragte deshalb eine sechsmonatige Gefängnisstrafe gegen den Angeklagten. Vertheidiger Rechtsanwalt Lemal: Er glaube, daß man den ersten Artikel nicht aus dem Zusammenhang reißen dürfe. Alle Welt habe die Politik der Regierung verurtheilt, und nun müsse man sich in die Lage des Redakteurs eines der größten Journale denken, wenn er täglich lesen müsse, wie alle Zeitungen über Preußen beruheln. Da werde der Redakteur das Vaterland ins Auge fassen müssen. Der Angeklagte habe Recht gehabt, wenn er sage, er könne heute nicht die Feder führen wie vor 50 Jahren. Würde der Angeklagte dem Ministerium gerufen haben, wenn er alle die Schmäh-Artikel gegen Preußen nur aufzählte? Der König sei persönlich beleidigt gewesen, und da hätte der Angeklagte das Ministerium vom Könige trennen müssen. Der Angeklagte sei ein Mann von 60 Jahren, seit 15 Jahren redigte er eine Zeitung, die im Verein mit der „Nordischen“ und „Vossischen Zeitung“, namentlich beim Handelsvertrag mit Frankreich zum Ruhme Preußens gewirkt habe. Wenn es sich um die Ehre des Königs handle, hörte die Partei auf, und der Angeklagte könnte die Abwehr nur schreiben, indem er das Ministerium preisgab; der Angeklagte hatte nicht eine persönliche beleidigte Abhöhung, sondern nur die Abhöhung, das Ministerium zu befehlen, was in den konstitutionellen Staaten erlaubt sei. Den zweiten Artikel anlangend, so gebe er zu, daß er einige heftige Ausdrücke enthalte. Es sei sehr bequem, auf der einen Seite die Presse als mystische Person zu bezeichnen und hinterher den Redakteur auf sechs Monate ins Gefängnis zu schicken. Der Kriegsminister habe nicht das Recht, einen ganzen Stand anzugreifen und die Reizung müsse anerkannt werden, und da eine Compensation nicht eintreten könne, so müsse das Nichtschuldige ausgeschlossen, unter allen Umständen aber nur auf Geldbuße erlassen werden. Nach einer Erwiderung des Staatsanwalts, daß eine Solidarität der Presse nicht existiere, da einzelne Herren sich sehr verbitten würden, mit anderen Zeitungen in einer Reihe gestellt zu werden, zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Das Urteil lautete: der öffentlichen Schmähung von Anordnungen der Obrigkeit nicht schuldig, dagegen der wiederholten Beleidigung eines öffentlichen Beamten schuldig und daß der Angeklagte deshalb außer der durch Erkenntnis vom 13. d. Mts. erkannten einmonatlichen Gefängnisstrafe noch mit einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen zu bestrafen sei. Außerdem wurde dem Kriegsminister das Recht der Veröffentlichung des Urteils zugesprochen und auf Vernichtung der incriminierten Stelle erlassen. In den Gründen wurde ausgeschahrt, daß der erste Artikel offenkundige Beleidigungen des Kriegsministers enthalte, und daß die gebrauchten Ausdrücke der Art seien, daß aus ihnen die beleidigende Abhöhung hervorleuchte; dagegen sei ein Artikel gegen § 101 des Strafgesetzbuchs nicht darin gesunden, weil nicht die Maßnahmen der Regierung in der turbulösen Angelegenheit angegriffen seien, sondern die Erfolge dieser Maßnahmen in mitunter sehr starken Ausdrücken. Was den zweiten Artikel anlangt, so habe der Gerichtshof als notorisch angenommen, daß der Kriegsminister die Presse stark angegriffen habe; wenn der Angeklagte dagegen aufgetreten sei, so könne ihn das nicht strafbar machen. Ein Milderungsgrund sei in dem Angriffe des Ministers gefunden, aber nicht ein mildernder Umstand. Das Gericht würde, wenn diese beiden Anklagen am 13. d. Mts. mitverhandelt worden wären, auf sechs Wochen Gefängnis erlassen haben, weshalb heute nur noch auf Zusatzstrafe von 14 Tagen erkannt werden konnte.

Vor derselben Deputation gestern mehrere Presoprozesse gegen den Redakteur der „Volks-Zeitung“, Holdheim, zur Verhandlung kamen. Eine Anklage betraf zwei Insolvenz der „Volkszeitung“ über „Großen Eisenbahn- und Dampfschiffanleben“, angekündigt vom Bankier Anton Horst in Frankfurt a. M., welches die Staatsanwaltschaft als ein Lotterie-Unternehmen bezeichnete. Der als Zeuge vernommene Bankier Bruse vermochte darüber keine Auskunft zu ertheilen, weshalb die Sache dem Staats-Anwalt zur Vollständigung zurückgegeben wurde. — Ferner standen drei politische Presoprozesse gegen denselben Angeklagten zur Verhandlung an, die auf Antrag des Vertheidigers Rechts-Anwalt Lemal aufgehoben wurden, um demselben, da sich im Termin die Sachlage etwas verändert hat, Zeit zur Vorbereitung der Beleidigung zu geben. — Bei derselben Deputation wurde endlich eine Anklage gegen den Redakteur der „Tribüne“, P. Hüner, wegen Beleidigung des Kriegsministers verhandelt. Der Angeklagte hatte angegeben, den Artikel vor seiner Veröffentlichung nicht gelesen zu haben und war deshalb aus § 37 des Presgegesetzes angestellt. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 15 Thlr. Geldbuße, event. 7 Tagen Gefängnis und erkannte auf Vernichtung des Artikels, indem er die in dem Artikel gebrachten Ausdrücke für zwecklos beleidigend erachtete.

Deutschland.

München, 15. Oktbr. [Vom Handelstage.] In der heutigen vierstündigen Sitzung des Handelstages sprachen 11 Redner, darunter von Österreichern Mayerhofer, Spiker, Szabel. In der General-Debatte sprachen gegen die österreichischen Vorschläge Weigel, Michaelis, Mayer, Beckerath, Moll, für dieselben von Nicht-Oesterreichern Dorstling und Schäffle. Ein Beschluß wurde nicht gefasst.

Spielstaat Homburg. Der Bericht des „Fr. J.“ über die am 13. stattgehabte Generalversammlung der Kurhaus-Aktionäre schließt mit den Worten

Heimat zurückgesandt; man behauptet, es fehle an Transportmitteln, um sie alle zusammen überzusegen, wahrscheinlich aber hat man die jetzt begollte Methode aus Gründen der Vorsicht gewählt. — Es scheint kaum noch zweifelhaft, daß die Kugel noch nicht aus Garibaldi's Wunde entfernt ist. Der neue Rapport der zur Consultation berufenen Ärzte erklärt dies allerdings nur für möglich, aber andere Sachverständige behaupten es mit größter Bestimmtheit. Uebrigens verdient bemerkt zu werden, daß Dr. Zanetti, welcher sich unter den Unterzeichnern des Rapportes befindet, früher behauptet hatte, die Kugel sei wieder zurückgeprallt; er ist also in seiner Ansicht jetzt mindestens schwankend geworden. — Der Unterrichts-Minister, hr. Matteucci, ist nach Florenz abgereist, um eine wichtige Conferenz bezüglich der Reorganisation des mittleren Unterrichts abzuhalten. Man hat das deutsche wie das französische Schul- und Universitäts-System prüfen lassen, kann sich aber in das erstere nicht recht hineinstellen, so daß die französische, bekanntlich aus den Jesuiten-Schulen stammende Methode wahrscheinlich den Sieg davon tragen wird. Auch Ratazzi hat Turin auf einige Zeit verlassen und sich, wie einige wissen wollen, nach Chambéry begeben; es knüpfen sich Gerüchte politischer Art an diesen Auszug, die schwerlich gerechtfertigt sind. (Köln. 3.)

Napel., 9. Oct. Viele Freunde Garibaldi's, wie Nicotera und Missori, sind entschlossen, ihren General nach Amerika zu begleiten. Nicotera erhielt vorgestern ein Telegramm von Garibaldi, der ihm meldet, daß es ihm gut gehe, er werde jedoch noch so lange im Vatignano bleiben, bis er einigermaßen von seinem Fuße Gebrauch machen könne. Der Hauptzweck dieser Correspondenz zwischen Garibaldi und diesen Herren besteht übrigens in der Berathung eines Protestes gegen die Annahme einer Amnestie. Sie wollen nach erlangter Freiheit fordern, daß ihnen der Prozeß gemacht werde. — Zwei Prozesse, die nächstens vor dem hiesigen Tribunale verhandelt werden sollen, machen großes Aufsehen. Es sind einerseits die Söhne des Prinzen Carl Borbone, die ihre Ansprüche auf die confiszierten väterlichen Güter gegen den Staat geltend machen werden. Der zweite wird im Interesse Murat's geführt werden, der die ausgedehnten, vom Staate eingezogenen Güter von Tresanti und die großartigen Forstgebiete von Montecchio für sich in Anspruch nimmt. Unter den mit der Leitung des Prozesses beauftragten Advocaten figurirt auch der bekannte Deputirte Advocat Pisanelli. (Köln. 3.)

Franzreich.

Paris., 14. Oct. [Ministerrath.] — Die Imperialisten hoffen durch Herrn v. Bismarck copiert zu werden.] Heute findet ein Ministerrath statt, der sich, nachdem am Freitag die inneren Fragen erledigt worden, mit den äußeren, aber nicht mit Italien, sondern mit Amerika beschäftigen soll. In der römischen Frage bedarf der Kaiser keines Beirates; er will weder vorwärts noch rückwärts; der Status quo behält sein Recht. Wie lange, das läßt sich heute noch nicht entscheiden; mit der Zeit pflichtet man Rosen. Herr Nigra soll heute Audienz beim Kaiser haben und wird sich wohl von Sr. Majestät den Bescheid holen, daß man eben abwarten müsse, bis die Rosen blühen.

Der „Independance“ wird von hier geschrieben, allgemein erzähle man sich, daß hr. v. Bismarck-Schönhausen dem Könige von Preußen gerathen habe, gegen das Abgeordnetenhaus an das ganze Volk, d. h. im Wege der allgemeinen Abstimmung nach bekannter französischer Manier, zu appelliren. Herr v. Bismarck würde bei einem solchen Experiment die Überzeugung gewinnen, daß die Deutschen eben keine Franzosen sind.

Die „France“ meldet über dieselbe Sache Folgendes aus Berlin: „Man versichert, daß die preußische Regierung, um aus der gegenwärtigen Lage zu kommen, beschlossen habe, einen Aufruf an das Land ergehen zu lassen. Die Abgeordneten sollen zukünftig direct durch suffrage universel ernannt werden. Jeder Candidat soll in seinem Wahlkreise wohnen. Die Abstimmung findet in jedem Dorfe statt. Man glaubt, daß das unter dieser Form befragte suffrage universel den Regierungscandidaten eine große Majorität in Preußen geben werde. Die im Prinzip beschlossenen Maßregeln sollen nach der Rückkehr des Herrn v. Bismarck von Paris zur Ausführung kommen.“

Herr v. Bismarck kommt am 18. d. nach Paris, um sein Abreisepapier zu übergeben.

Paris., 14. Oct. [In voller Reaction.] Die Vorgänge in Berlin sind heute an der Börse, wie in der politischen Welt das Hauptereignis, und wie sie gewirkt haben, beweist am einfachsten der Courszettel. Freilich fehlt es auch nicht an schlimmen Nachrichten über Italien. Die reactionäre Politik soll entschieden die Oberhand gewonnen haben. (Durch den telegr. gemeldeten Ministerwechsel hat diese Nachricht ihre volle Bestätigung erhalten.) — Hr. v. Lavalette, der sich gestern mit Hrn. Thouvenel nach St. Cloud begab, wurde daselbst von dem Kaiser selber officiell benachrichtigt, daß er nicht mehr nach Rom zurückgehen werde. Es soll ihm die Wahl zwischen London und Petersburg gelassen sein. Nach Rom aber wäre entweder Fürst Latour d'Auvergne oder Herzog von Montebello bestimmt. (Beide clerical und reactionär gesinnt.) Der italienische Gesandte, Hr. Nigra, war noch nicht in St. Cloud, wird auch, wie man vernimmt, bei dem Kaiser dort keine Audienz haben. Es soll jedoch die Kette davon sein, daß er als Guest nach Compiegne gehen werde. — Hr. v. Persigny soll von sämtlichen Präfector-Berichten über den Eindruck verlangt haben, den die famosen „Moniteur“-Documente auf die Nation hervorgebracht hätten. Die Präfectoren äußerten sich durchschnittlich dahin, daß dieselben nicht besonders gewirkt hätten. Weit mehr beschäftigte man sich dagegen mit dem Stande der merikanischen Frage. Es wäre dies ein Resultat, das Hrn. v. Persigny wie seinen Gegnern im Ministerium gleich sehr unerfreulich erscheinen mußte. — Der Privat-Sekretär der jungen Königin von Neapel, die in provisorischer Klosterlicher Zurückgezogenheit lebt, ist in besonderer Mission hier angekommen. — Prinz Napoleon und Prinzessin Clotilde werden mit der ersten Serie der nach Compiegne Geladenen daselbst am 23. Oktober eintreffen.

Paris., 14. Oktober. Heute haben wir uns wieder einmal mit einer Legion von Gerüchten herum zu schlagen, unter denen das, daß Haus Pereire habe die telegraphische Meldung erhalten, daß in Berlin eine injuritionelle Bewegung ausgebrochen sei, jedenfalls als das wichtigste angesehen wurde. Trotz seiner innern Unwahrscheinlichkeit hat es auf unsre Course seine Wirkung nicht verfehlt; die Rente fiel um mehr als 1 Franc. Zu jenem Schreckensgerücht aus Berlin war freilich das andre gekommen, der Finanzminister habe seine Entlassung eingereicht. Ein Abendblatt dementirt diese Angabe, dagegen bestätigt dasselbe Blatt die gestern von uns schon mitgetheilte Nachricht, daß Hr. v. Lavalette einen Nachfolger in Rom erhalten werde. Ueberhaupt war alles, was wir meldeten, im Wesentlichen genau. Ob es wahr ist, daß Hr. Thouvenel in Folge seiner wiederholten Niedergaben in der römischen Frage aus dem Cabinet ausscheiden werde, müssen wir für heute dahingestellt sein lassen. (Ist inzwischen ausgeschieden.) Daß Hr. Drouin de Chouys als sein Nachfolger genannt wird, versteht sich von selber; der Mann ist unvermeidlich in den Conjecturen des Publikums, welches aber endlich doch einmal Recht haben könnte. Jedenfalls wäre die Ernennung des Hrn. Drouin de Chouys

sehr bedeutsam. — Hr. v. Budberg wird erst in der zweiten Hälfte des Monats November auf seinem Posten erwartet, also erst nach der Rückkehr des Hofs von Compiegne. Dies erinnert auch daran, daß gleich bei der Nachricht von der Ernennung des Herrn v. Budberg zum Botschafter in Paris in unsern diplomatischen Kreisen das Gerücht circulierte, der Kaiser wünsche nicht, daß der neue Repräsentant Russlands sich vor der Rückkehr des Hofs aus Biarritz in Paris häuslich einrichte. Niemand aber wußte sich das an dit zu erklären. — Man spricht noch immer sehr viel von der durchgegangenen Gemahlin eines reichen Finanziers, und da die Schadenfreude am Scandal einmal angeregt ist, so erzählen sich die Pariser die ergötzlichsten Geschichten aus dem intimen Kreise, welchem die Verschwundene angehört hat. (Magd. 3.)

Portugal.

Lissabon., 8. Oktbr. [Einzug der Königin.] Am 6. d. M. hielt die Königin von Portugal ihren feierlichen Einzug in Lissabon, an demselben Tage wurde auch die königl. Vermählung ratifizirt. Eine außerordentliche Menschenmenge war aus allen Punkten des Königreichs zusammengeströmt, um der Hochzeitsfeier des Königs Don Luis von Portugal mit der Prinzessin Maria Pia von Savoyen bei zuwohnen. Gegen 1 Uhr Nachmittags landete die junge Königin. Ihre Majestäten begaben sich hierauf in den königlichen Pavillon und nahmen dort die Huldigungen der Municipal-Behörden entgegen; nach 2 Uhr wurde die kirchliche Feier in der San-Domingos-Kirche vollzogen. Nach vollendetem Ceremonie kehrten die Majestäten in den königlichen Pavillon zurück und empfingen die Huldigungen der Truppen, die unter dem Befehl des Herzogs von Saldanha standen. Beim Einbruch des Abends fuhren die Majestäten, von der Kavallerie escortirt, in das königliche Schloß und kamen gegen 7 Uhr in Auhde an. Die ganze Stadt, sowie die portugiesischen Kriegsschiffe auf dem Tejo waren auf das Prächtigste illuminiert, auf allen öffentlichen Gebäuden wehten portugiesische und saroyische Fahnen. Ihre Majestäten, die portugiesische Königsfamilie, der Bruder der Königin, Prinz Umberto und der diplomatische Körper wohnten hierauf der Theatervorstellung bei. Bei dem Eintritt des jungen Königspaares in den Saal erscholl unter den Fansaren des Orchesters der allgemeine Ruf: „Es lebe der König! Es lebe die Königin! Es lebe Victor Emanuel! Es lebe Italien!“ Auf den 16. Oktober, Geburtstag der Königin Marie Pia, ist großes Volksfest anberaumt, die Hofstrauer ist bis dahin auf Befehl des Königs eingestellt.

Breslau., 17. October. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Kettberger Nr. 9 ein Kopfkissen mit rothkarirtem Ueberzuge; Bischofsstraße Nr. 3 ein braun und rothkarirtes wollnes Kleid; Albrechtsstraße Nr. 22 ein schwerer grau meliertirer langhaariger Ueberzieher mit Sammetkragen und Sammet-Aufschlägen und mit schwarzem Kammor gefüttert, eine schwartzfiedene Weste, eine Eigarentasche von rothem Sammet mit Bronzebügel, ein Damen-Portrait, ein kleiner hohler Schlangenring mit blauen Steinen bes. b. ein massiver goldner Ring mit wasserheller Steine, ein goloner Ueberschlüssel in Form einer Hand mit rothen Karniolsteinen besetzt, ein Nähfächchen in Form einer Schlummerrolle, worin eine goldne Buflennadel mit Schlangenwindungen befindlich, ein Oberbade, gezeichnet C. A. gothisch, und ein goldenes Medaillon mit Blumenbouquet und Haarschle; Lauenzen-Straße in Stadt Leipzig ein Deckbett und zwei Kopfkissen mit roth- und weißkarirten Bezügen.

Verloren wurde: ein goldner Siegelring.

Gesunden wurden: zwei Stück Schlußel; zwei Handsägen, ein Grabscheit, eine Kodelade, eine Art und ein Teller mit mehreren Stücken Butter, in einem Tuch eingebunden; ein hölzernes Einlegebrett von einem Hürdler-Wagen.

An die Polizei-Behörde wurde eingeliefert: eine neue Waage mit Messingschalen. (Pol.-Bl.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Raumtemperatur.	Barometer.	Luft- Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 16. Oktbr. 10 U. Ab.	333,76	+8,8	SW. 0.	Bedeckt.
17. Oktbr. 6 U. Morg.	333,88	+9,2	W. 1.	Bedeckt. Regen.
Berlin, 15. Oktbr. 2 U. Nachm.	338,42	+13,7	SW. 2.	Heiter.
Wien, 14. Oktbr. 10 U. Abos.	332,23	+11,2	WSW. 0.	Trübe.

Wasserstand.

Breslau., 17. Okt. Oberpegel: 12 f. 9 3. Unterpegel: — f. 9 3.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris., 16. October, Nachm. 3 Uhr. Die Rente erhöhte zu 71,15, hob sich auf 71,35, fiel auf 71,05 und schließlich belebte zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93 1/2 eingetroffen. Söhlz-Course: 3proz. Rente 71,30, 4 1/2 proz. Rente 25. Italienische 3proz. Rente 73, — 3proz. Spanier 49 1/2. Iproz. Spanier —. Dörferr. Staats-Eisenbahn-Aktien 502. Credit-mobilier-Aktien 1186. Lomb. Eisenbahn-Aktien 626. Dörferr. Credit-Aktien —.

London., 16. Oct., Nachm. 3 Uhr. Silber 61 1/2%. Consols 93 1/2%. Iproz. Spanier 45%. Amerikaner 33 1/2%. Sarcoir 84. 3proz. Käufe 95. Neue Käufe 95. Der Dampfer „Borussia“ ist aus Newyork eingetroffen. Der Dampfer aus Rio Janeiro ist in Lissabon angekommen.

Wien., 16. Oct., Mitt. 12 Uhr 50 Minuten. Seite Stimmung. Sproz. Metall. 71, 10. 1/2 proz. Metall. 62, 50. Bank-Aktien 787. Nordbahn 193, 30. 1854er Loos 90, 50. National-Aktie 82, 20. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 243, —. Creditaktien 224, 60. London 122, 15. Hamburg 91, 50. Paris 48, 40. Gold —. Silber —. Böhmisches Westbahn 184, 75. Lombardische Eisenbahn 280, —. Neue Loos 129, 80. 1860er Loos 89, 60.

Frankfurt a. M., 16. Oktbr. Nachmitt. 2 Uhr 30 Minuten. Etwa mäßige Haltung in österreichischen Spekulations-Papieren, Geschäft jedoch ziemlich belebt. Böhmisches Westbahn 84. — Söhlz-Course: Ludwigshafen - Bergbacher 139 1/2%. Wiener Wechsel 95 1/2%. Darmstädter Bantafften 231. Darmst. Betriebank 254. 3proz. Metall. 56 1/2%. 4 1/2 proz. Metall. 49%. 1854er Loos 72%. Dörferr. National-Aktie 66. Dörferr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 230. Dörferr. Bank-Aktie 756. Dörferr. Credit-Aktien 213 1/2%. Neuerte öster. Aktie 73 1/2%. Dörferr. Eisenbahn-Litt. A. 127.

Hamburg., 16. Oktbr. Nachm. 2 Uhr 50 Minuten. Sehr still. — Söhlz-Course: National-Aktie 66 1/2%. Dörferr. Credit-Aktien 89 1/2%. Vereinsbank 102 Nord. Bank 99 1/2%. Rheinische 96 1/2%. Nordbahn 64 1/2%. Disconto —. Wien —. Petersburg —.

Hamburg., 16. Oct. [Getreidemarkt.] Weizen loco etwas gefragt, ab auswarts flau. Roggen loco still, ab Königsberg pr. Frühjahr zu 76 einzeln bezahlt und zu haben, 75 zu lassen. Del pr. Ott. 31, pr. Mai 29 1/2%. Käse fest, 2500 Sac Rio schwimmend, 1000 Sac loco umgezogen.

Liverpool., 16. Oktbr. [Baumwolle.] 1000 Ballen Umjas. — Preise gegen gestern unverändert.

Berlin., 16. October. Die Börse war matt, und wenn sich einzelne Speculationseffekte auch im Laufe des Verkehrs wieder etwas hoben, so waren das nur vorübergehende Ercheinungen. Die Ernennung Drouin de Chouys an Stelle Thouvenel's, von der man sich eine günstige Aufnahme in Paris, mehr aber noch in Wien versprechen durfte, bot in den hier eingetroffenen Courten von dort keine Bestätigung dieser Ansicht. Wenentlich bestimmend auf die Haltung der Börse wirkte auch die größere Sprödigkeit des Capitals, und dürfte sich diese Wahrnehmung nicht nur vereinzelt hier, sondern bald auch an den anderen Börsenplätzen, die sich ebenso an der Speculation lebhaft beteiligt, Geltung verschaffen. Das Geschäft entwidelt sich in Westbahn, Credit und neuesten Loosen, wie schon seit längerer Zeit, auch heute am lebhaftesten; Eisenbahn-Aktien waren entschieden vernadlungsfähig, nur von Rheinischen lagen wir Böten umgehen. Von Bank- und Credit aktien waren Darmstädter und Meininger die bevorzugten. Preuß. Fonds und Prioritäten blieben still und sand sich wenig Kauflust dafür. Disconten wurden nicht unter 3 1/2% genommen. (Bank- u. H.-B.)

Berliner Börse vom 16. October 1862.

Fonds- und Geld-Course.	Div. Z-
Freiw. Staats-Anleihe 4 1/2% 102 1/4 G.	180 1/2 F.
Staats-Anl. v. 1850, 52 4 1/2% 99 1/2 B.	7 1/2 3 1/2 174 bz.
dito 1854, 55 A. 57 1/2% 102 1/2 B.	dito Prior A.. — 3 1/2 88 1/2 B.
dito 1856, 4 1/2% 102 1/2 B.	dito Prior B.. — 3 1/2 97 1/2 B.
dito 1858, 4 1/2% 99 1/2 B.	dito Prior C.. — 4 1/2 97 1/2 B.
dito 1859, 5 1/2% 108 B.	dito Prior D.. — 3 1/2 85 1/2 B.
Staats-Schuld-Sch. ...	dito Prior F.. — 4 1/2 — —
Präm.-Anleihe v. 1855 3 1/2% 127 1/2 B.	Oppeln-Tarnow. 7% 4 50 1/2 B.
Berliner Stadt-Obl. 4 1/2% 102 1/4 B.	Prinz-W. (St.-V.) 2 1/2 4 59 B.
Kur.-u. Neumärker 3 1/2% 92 1/2 B.	Rheinische 5 4 98 1/2 97 1/2 B. u.B.
Pommersche 3 1/2% 101 1/4 B.	dito (St.) Pr. 4 106 B.
Posenische 4 1/2% 100 1/2 B.	dito Prior 4 — —
Schlesische 3 1/2% 94 1/2 G.	dito III. Em. 4 99 1/2 B.
Kur.-u. Neumärker 100 G.	Rhein-Nahebahn 4 25 1/2 B.
Pommersche 4 99 1/2 B.	Brahm-Crefeld. 3 1/2 92 1/2 B.
Westf. u. Rhein. 4 99 1/2 B.	Bremen 5 1/2 100 1/2 B.
Sächsische 4 100 1/2 B.	Coburg Credit 3 1/2 99 1/2 B.
Schlesische 4 — —	Darmst. Zeitel-B. 8 1/2 92 1/2 B. u.B.
Louisdor 110 1/4 B.	dito poln. Sch.-Obl. 4 27 1/2 B.
Goldkronen 9 7 1/2 G.	Dess. Creditb. 6 99 1/2 100 1/2 B.

Fraudbriefe</th